Detailansicht des Registereintrags

Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e.V.

Stand vom 30.06.2026 17:52:38 bis 30.06.2026 21:49:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003158
Ersteintrag:	09.03.2022
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	27.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Neustädtische Kirchstraße 7A 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493021233690 E-Mail-Adressen: info@vgms.de Webseiten: www.vgms.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
360.001 bis 370.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Gustav Deiters**
   Funktion: Sprecher des Präsidiums
2. **Michael Gutting**
   Funktion: Mitglied des Präsidiums
3. **Jochen Brüggen**
   Funktion: Mitglied des Präsidiums
4. **Ralph Seibold**
   Funktion: Stellvertretender Sprecher des Präsidiums
5. **Dr. Peter Haarbeck**
   Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. **Anne-Kristin Barth**
2. **Sandra Blackert**
3. **Andreas Bolte**
4. **Katja Mieles**
5. **Lena Woelk**
6. **Christian Steiner**
7. **Gustav Deiters**
8. **Michael Gutting**
9. **Jochen Brüggen**
10. **Ralph Seibold**
11. **Dr. Peter Haarbeck**

Gesamtzahl der Mitglieder:
6 Mitglieder am 01.01.2025, davon:
2 natürliche Personen
4 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):
1. ZDH Zentralverband des Deutschen Handwerks
2. BVE Bundesvereinigung der Deutschen Lebensmittelindustrie
3. Lebensmittelverband Deutschland

4. VCI Verband der Chemischen Industrie
5. Starch Europe
6. EFM European Flour Millers
7. Ceereal European Breakfast Cereal Association
8. Semouliers L'Union des Associations des Semouliers des Pays de l'Ue
9. UNAFPA Union of the Organizations of Manufacturers of Pasta Products in the EU
10. ANG Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss
11. AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Allgemeine Energiepolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Rente /Alterssicherung; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Handwerk; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Im VGMS sind über den Verband der Deutschen Getreideverarbeiter und Stärkehersteller VDGS und den Verband Deutscher Mühlen sowie deren Landesverbände mittelbar rund 500 Unternehmen organisiert, von mittelständischen, familiengeführten Unternehmen bis hin zu großen internationalen Konzernen. In den Betrieben werden rund 15 Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Rohstoffe verarbeitet, unter anderem Weizen, Roggen, Hafer, Hartweizen, Mais, Reis und Stärkekartoffeln. Die Unternehmen sind wichtige Partner der Landwirtschaft sowie von Lebensmittelhandwerk, Industrie und Handel. Die Produktpalette reicht von Mehl über Haferflocken, Frühstückscerealien, Nudeln und Reis bis zu nativen und modifizierten Stärken sowie Stärkeverzuckerungsprodukten. In Deutschland und darüber hinaus versorgen die Unternehmen Tag für Tag Millionen Menschen mit hochwertigen, sicheren und zugleich preiswerten Lebensmitteln. Daneben stellen sie Produkte für die chemisch-technische und pharmazeutische Industrie sowie Einzelfuttermittel für die Tierernährung her. Mit ihren rund 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwirtschaften die im VGMS zusammengeschlossenen Branchen einen Umsatz von etwa sieben Milliarden Euro, mit ihren Produkten sind sie weltweit erfolgreich. Wichtige Themen der Verbandsarbeit sind Qualität und Sicherheit der Lebensmittel, Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit sowie die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern. Der Verband informiert seine Mitglieder zu aktuellen Gesetzgebungsvorhaben und unterstützt sie bei der Umsetzung der unzähligen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Standards, die die Unternehmen in den unterschiedlichsten Bereichen zu beachten haben. Ziel der Interessenvertretung ist es, die Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis in Gesetzgebungsverfahren einzubringen, um möglichst praxisnahe, effiziente Lösungen zu finden.

Als wesentlicher Teil regionaler Wertschöpfungsketten bietet die Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft schon heute vielfältige Antworten auf umwelt- und klimapolitische Fragestellungen. Als Teil der kritischen Infrastruktur kommt ihr eine besondere Bedeutung für die Versorgungssicherheit in Deutschland zu. Konkret wird die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag über Stellungnahmen zu Gesetzgebungsverfahren, Gespräche mit Abgeordneten, Einladungen zu Parlamentarischen Abenden zu Veranstaltungen wie Mitgliederversammlungen, Ausschusssitzungen, Tagungen oder Gesprächen in Mitgliedsunternehmen ausgeübt.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. **Kleine und mittelständischen Unternehmen mit hohem Energieverbrauch stärker entlasten**

   Beschreibung:
   Mit der Novelle sollen Anforderungen aus der Neufassung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie (EED) umgesetzt, Anpassungen am Energieeffizienzgesetz vorgenommen und bürokratische Hürden abgebaut werden, womit die Wirtschaft entlastet werden soll. Ziel der Interessenvertretung des VGMS ist es, deutlich zu machen, dass die geplanten Maßnahmen nicht zur Entlastung von kleinen und mittelständischen Unternehmen mit hohem Energieverbrauch führen werden, sondern im Gegenteil den Unternehmen weitere Berichtspflichten und bürokratische Hemmnisse auferlegen.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/11852 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Effizienzmaßnahmen, zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes und zur Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   EDL-G [alle RV hierzu]; EnEfG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2406250034** (PDF - 4 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 18.04.2024 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **Umsetzbare und sichere Richtwerte für Mykotoxine sicherstellen**

Beschreibung:
Im Jahr 2006 sind auf europäischer Ebene Richtwerte für verschiedene Mykotoxine in Futtermitteln festgelegt worden. Dabei sind für bestimmte Futtermittelausgangserzeugnisse sowie Ergänzungs- und Alleinfuttermittel Richtwerte für die Mykotoxine Deoxynivalenol (DON), Zearalenon (ZEA), Ochratoxin A (OTA) sowie die Fumonisine B1 und B2 eingeführt worden. Die Richtwerte für Mykotoxine in Futtermitteln werden derzeit überarbeitet. Der aktuelle Entwurf sieht eine deutliche Absenkung der Richtwerte vor. Einige der vorgesehenen Absenkungen werden in den Betrieben der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft nicht umzusetzen sein. Ziel der Interessenvertretung ist es, Richtwerte zu erarbeiten, die ein hohes Schutzniveau sicher stellen und in der Praxis auch umzusetzen sind.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250078** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Fehlende Einschätzung von Risiko zu potentiellem Schaden zu entstehenden Kosten bei IT-Sicherheit ergänzen**

Beschreibung:
Die IT-Infrastruktur zu schützen und Angriffen jeglicher Art zu verunmöglichen ist zentrales Anliegen aller Unternehmen der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft, die sie bereits im Eigeninteresse verfolgen. Der Schutz vor Cyberangriffen wird immer wichtiger, wobei die Vernetzung von Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung die Abwehr solcher Risiken zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe macht. Der VGMS unterstützt die Bestrebungen, die Cyberresilienz von Staat und Wirtschaft nachhaltig zu verbessern, grundsätzlich. Ziel der Interessenvertretung ist es, klug zwischen Risiko und potentiellem Schaden sowie zwischen Kosten und Bürokratie abzuwägen.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BSIG 2009 [alle RV hierzu]; BegleitG [alle RV hierzu]; BNDG [alle RV hierzu]; SÜG [alle RV hierzu]; TTDSG [alle RV hierzu]; BSI-ITSiKV [alle RV hierzu]; De-Mail-G [alle RV hierzu]; AWV 2013 [alle RV hierzu]; MessbG [alle RV hierzu]; KHSFV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250077** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Pauschale, ordnungsrechtlich fixierte Neuausrichtung beim Pflanzenschutz ist nicht zielführend und muss konkretisiert werden**

Beschreibung:
Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Frühjahr 2024 ein Diskussionspapier für die Erarbeitung eines nationalen „Zukunftsprogramms Pflanzenschutz “ veröffentlicht. Die Inhalte des Papiers storßen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft auf Kritik. Rund 30 Verbände haben in einem öffentlichen Aufruf "Schutz der Kulturpflanzen sichern und Produktionsverlagerungen vermeiden – Vorschläge für einen modernen Pflanzenschutz" kritisiert, dass die Bundesregierung pauschal und mit Ordnungsrecht den Pflanzenschutz neu ausrichten will.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250076** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.06.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Umsetzbare Reduzierungsvorgaben für MOSH/MOAH in den Betrieben sicherstellen**

Beschreibung:
Die Europäische Kommission hat im Dezember 2023 einen Vorschlag zur gesetzlichen Regulierung der Rückstände an gesättigten Mineralölkohlenwasserstoffen (MOSH) und aromatischen Mineralölkohlenwasserstoffen (MOAH) vorgelegt. Die Unternehmen der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft haben in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Einträge von Mineralölkohlenwasserstoffen (MOH) in die Lebensmittelkette aufzuklären und zu minimieren. Es ist der Lebensmittelwirtschaft insgesamt gelungen, die Rückstände von MOSH und MOAH erfolgreich zu minimieren. Ziel der Interessenvertretung ist es, dafür zu sorgen, dass die Vorgaben zur Reduzierung von MOH in den Betrieben auch umsetzbar sind.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250083** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.03.2024 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Festschreibung von Carbon-Leakage-Schutz auch nach 2026 notwendig**

Beschreibung:
Der Gesetzentwurf soll die Grundlagen für ein unionsweites Emissionshandelssystem schaffen. Damit sollen auf kosteneffiziente Weise die Treibhausgasemissionen der einbezogenen Anlagen sowie des Luft- und Seeverkehrs verringert und dadurch einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet werden. Der VGMS fordert, dass im Rahmen der Überführung des nationalen Emissionshandelssystems gemäß BEHG in das Europäische Emissionshandelssystem EU-ETS 2 ab 1.1.2027 ein Carbon-Leakage Schutz verbindlich festgeschrieben werden muss. Eine alleinige Verordnungsermächtigung der Bundesregierung, wie es der Gesetzesentwurf vom Oktober 2024 zum TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz derzeit vorsieht, wird der immensen Bedeutung dieses Schutzinstrumentes nicht gerecht und wird daher vom VGMS kritisiert.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13585 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgestz 2024)
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
TEHG 2011 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]; EDL-G [alle RV hierzu]; KSpG [alle RV hierzu]; ZuG 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503310354** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Energieintensive Ernährungsindustrie stärker in energiepolitische Entscheidungen einbeziehen**

Beschreibung:
Bei den derzeitigen Koalitionsverhandlungen werden unter anderem Energiepolitische Weichenstellungen getroffen. In einem gemeinsamen Positionspapier haben sich 13

Verbände der Ernährungswirtschaft, darunter auch der VGMS, dafür ausgesprochen, dass die Energieintensive Ernährungsindustrie bei allen energiepolitisch relevanten Entscheidungen stärker einbezogen werden müssen. Konkret wird von uns gefordert eine Erweiterung der Strompreiskompensation auf alle Branchen der Ernährungsindustrie, eine Folgeregelung für den Spitzensteuerausgleich beim Gas und eine Überführung des Carbon-Leakage-Schutzes in das EU-ETS 2. Entsprechend sollen in der kommenden Legislaturperiode die dafür maßgeblichen Gesetze geändert, erweitert oder erstellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
EnergieStG [alle RV hierzu]; TEHG 2011 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]; BECV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503310359** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.03.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. **Faire Bezahlung von Lebensmitteln innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette**

Beschreibung:
Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, bei der Änderung der Gemeinsamen Marktorganisation durch die EU faire Rahmenbedingungen für sämtliche Stufen der Lebensmittelkette sicherzustellen. Einzelmaßnahmen nur zugunsten der Landwirte auf Kosten der Käufer von Agrarerzeugnissen lehnen wir ab. Dies betrifft insbesondere die einseitige Kündigungsmöglichkeit für Landwirte bei langfristigen Lieferverträgen und die verpflichtende Berücksichtigung von Produktionskosten bei Preisbildungsklauseln.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504010007** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. **Erhalt der befallsunabhängige Dauerbeköderung (BUD) als Instrument des betrieblichen Schadnagermanagements in Deutschland**

Beschreibung:
Die befallsunabhängige Dauerbeköderung (BUD) ist ein zentrales Instrument zur Sicherung der Hygiene und Lebensmittelsicherheit in der Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft. Die angekündigte Abschaffung durch die BAuA ab 1. 1. 2026 würde die Betriebe in ihrer Fähigkeit zur Schädlingsprävention stark einschränken u. gefährdet die Einhaltung gesetzlicher Hygienevorgaben. Alternative Methoden (Schlagfallen, visuelle Kontrollen) bieten nicht die gleiche Wirksamkeit und Prävention. Ein pauschales Verbot der BUD wäre unverhältnismäßig mit gravierende Folgen für Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz & die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft. Eine differenzierte Bewertung und Erhalt der BUD unter fachkundiger Anwendung ist daher Forderung der Verbändeallianz.

Betroffenes geltendes Recht:
LMHV 2007 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

10. **Verbändebeteiligung zum Entwurf einer "Zweiten Verordnung zur Änderung der Brennstoffemissionshandelsverordnung (BEHV)**

Beschreibung:
Das BEHG bildet den rechtlichen Rahmen für das nationale Emissionshandelssystem. Mit der Mit dieser Verordnung will die Bundesregierung die Verordnungsermächtigung des § 10 Absatz 3 BEHG zur Regelung des Versteigerungsverfahren sowie weiterer Einzelheiten zum Veräußerungsverfahren für den Zeitraum ab dem Jahr 2026 zum Festpreis umsetzen.
Der VGMS kritisiert die Einführung eines Preiskorridors, da mit dem ETS 2 zum 1. Januar 2027 eine europäische Lösung implementiert wird. Mit Umsetzung dieser VO soll für den Zeitraum von nur einem Jahr ein neues Preisbildungssystem etabliert werden. So wird sinnlose Bürokratie aufgebaut, die dem Ziel des Klimaschutzes in keinster Weise dient. Daher sollte auch für das Jahr 2026 ein Festpreis gelten und der Übergang in den ETS 2 gestaltet werden.

Referentenentwurf:
Zweite Verordnung zur Änderung der Brennstoffemissionshandelsverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 30.06.2025
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. **Erhalt von Phosphorwasserstoff und phosphorwasserstoffbildenden Verbindungen als Pflanzenschutzmittel und in Biozidprodukten**

Beschreibung:
Phosphorwasserstoff (Phosphin) ist als Begasungsmittel im Vorratsschutz aufgrund der Wirksamkeit gegen alle Entwicklungsstadien von Vorratsschädlingen, der Rückstandsfreiheit und Wirtschaftlichkeit alternativlos. Die EFSA-Stellungnahme vom 15. 01. 2025 konnte wegen Unsicherheiten zur Genotoxizität keine toxikologischen Referenzwerte ableiten, was eine Risikobewertung & eine Wiederzulassung als Pflanzenschutzmittel verhindert. Ein Verbot hätte gravierende Auswirkungen auf Lebensmittelsicherheit, Wettbewerbsfähigkeit Lebensmittelwirtschaft und den Export, da viele Drittstaaten Phosphin-Begasungszertifikate verlangen. Die Branche fordert eine erneute Mandatierung der EFSA zur Ableitung toxikologischer Referenzwerte und ein harmonisiertes Vorgehen im Biozid- und Pflanzenschutzmittelrecht.

Betroffenes geltendes Recht:
PflSchG 2012 [alle RV hierzu]; ChemG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]

12. **Unterstützung der VSMK-Forderung nach Abschaffung von Meldepflichten im LFGB**

Beschreibung:
Die Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) hat am 23.05.2025 beschlossen, den Bund zur Abschaffung von nationalen Meldepflichten im Lebens- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) aufzufordern, um die kommunale Lebensmittelüberwachung zu entlasten. Der VGMS unterstützt diese Forderung mit Nachdruck, da diese Meldepflichten des § 44 Abs. 4 und 4a LFGB nur Fälle betreffen, in denen keine Gefahr für die Lebensmittelsicherheit eingetreten ist. Da das BMEL die Landesbehörden noch im Jahr 2024 zu einer strengeren Anwendung der Meldepflichten aufforderte, hat der VGMS sich mit einem Schreiben direkt an das BMLEH gewandt, um die Forderung der VSMK zu unterstützen.

Betroffenes geltendes Recht:
LFGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]

13. **BMWE-Abfrage zu Handelshemmnissen im EU-Recht**

Beschreibung:
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) fragt die Lebensmittelwirtschaft nach Hemmnissen für den Handel im europäischen Binnenmarkt, die durch nicht harmonisierte einzelstaatliche Vorgaben entstehen. Der VGMS kennt zahlreiche solcher Hemmnisse, die in unterschiedlichen nationalen Regelungen in den Mitgliedstaaten verursacht werden. Gerade im Bereich des Lebensmittel- und des Abfallrechts verursachen

einzelstaatliche Alleingänge doppelten Umsetzungsaufwand bei Lebensmittelunternehmen. Der VGMS konnte auf die oben genannte Anfrage somit zahlreiche Beispiele nennen, in denen EU-weit einheitliche Regelungen zur weniger bürokratischen Lasten und Kostensenkungen führen werden.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]

14. **Verordnungsentwurf der Probenahme und Analytik von Pflanzenschutzmittelrückständen bei Lebens- und Futtermitteln**

Beschreibung:
Die EU-Kommission plant die Überarbeitung der Vorschriften für die Entnahme von Lebens- und Futtermittelproben zum Zweck der Kontrolle der Höchstgehalte von Pflanzenschutzmittelrückständen. Der Entwurf ist jedoch unklar hinsichtlich des Anwendungsbereichs und bezüglich weiterer Anwendungsfragen bei Probenahme und Analytik. Der VGMS setzt sich gemeinsam mit anderen Verbänden für eine gut verständliche Regulierung zu diesem Bereich ein, die zudem bürokratiearm umgesetzt werden kann und unnötig komplizierte Probenahmeverfahren und Lebensmittelverluste vermeidet.

Interessenbereiche:
Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

15. **Zweite Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichgebührenverordnung**

Beschreibung:
Die EU-Kommission plant die Überarbeitung der Vorschriften für die Entnahme von Lebens- und Futtermittelproben zum Zweck der Kontrolle der Höchstgehalte von Pflanzenschutzmittelrückständen. Der Entwurf ist jedoch unklar hinsichtlich des Anwendungsbereichs und bezüglich weiterer Anwendungsfragen bei Probenahme und Analytik. Der VGMS setzt sich gemeinsam mit anderen Verbänden für eine gut verständliche Regulierung zu diesem Bereich ein, die zudem bürokratiearm umgesetzt werden kann und unnötig komplizierte Probenahmeverfahren und Lebensmittelverluste vermeidet.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 537/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Zweite Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichgebührenverordnung

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Zweite Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichgebührenverordnung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
MessEGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

16. **Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts zur Flexibilisierung des Bauordnungsrechts nutzen**

Beschreibung:
Wir schlagen vor, den Begriff der „Atypik" im Bauordnungsrecht zu spezifizieren und in der Baunutzungsverordnung zu verankern. So kann sichergestellt werden, dass Behörde und Gerichte bundesweit gleich mit gleichgelagerten Fällen umgehen. Damit kann dem Problem begegnet werden, dass historisch in Stadtzentren gewachsene Betriebe der Ernährungswirtschaft bei Überschreiten der sog. 300-Tonnen-Regel in eine nachträgliche Genehmigungspflicht rutschen, die nicht zu rechtfertigen ist und eine Verlagerung oder Stillegung der Betreibe zur Folge haben kann.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6588 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]; BauNVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606300342** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.05.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. **Benchmark-System im europäischen Emissionshandel maßvoll umgestalten**

Beschreibung:
Die energieintensive und exportorientierte Stärkeindustrie steht aus vielerlei Gründen unter immensem Druck. Das derzeit diskutierte Benchmark-System im europäischen Emissionshandel wird diesen Druck weiter verstärken. Aus diesem Grund setzen wir uns für Änderungen am derzeit diskutierten Regelwerk ein, die insbesondere zu einer verbesserten Vergleichbarkeit im ETS-System führen durch Einführung eines Carbon Leakage Fallback Benchmark Pool für von Carbon-Leakage bedrohte Sektoren sowie Einführung eines Non-Carbon Leakage Fallback Benchmark Pool, für Sektoren und Tätigkeiten ohne Carbon

Leakage Risiko. Auch sollte geprüft werden, ob Benchmark-Werte für von Carbon-Leakage bedrohte Sektoren besser die durchschnittliche Leistung vergleichbarer Anlagen widerspiegeln.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606300366** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.550.001 bis 1.560.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Verband Deutscher Mühlen e.V.
2. Verband der Deutschen Getreideverarbeiter und Stärkehersteller VDGS e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

VGMS-Gewinn-und-Verlust-Rechnung-2025.pdf